



## Bericht an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

---

Bericht der: Justiz- und Sicherheitskommission  
vom: 30. Juni 2015  
zur Vorlage Nr.: [2015-189](#)  
Titel: **Bericht zur Motion von Klaus Kirchmayr: «Einreichung einer Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel)» (2014-067)**  
Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

---

Links:

- [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
- [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
- [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
- [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)

---



2015/189

Kanton Basel-Landschaft

Landrat

## Bericht der Justiz- und Sicherheitskommission an den Landrat

### betreffend den Bericht zur Motion von Klaus Kirchmayr: «Einreichung einer Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel)» (2014/067)

Vom 30. Juni 2015

#### 1. Ausgangslage

Der Landrat hat die von Motion 2014/067 von Klaus Kirchmayr, Grüne, „Einreichung einer Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel)» am 29. Januar 2015 stillschweigend überwiesen.

Die Motion verlangt vom Regierungsrat, eine Standesinitiative zu Handen der Bundesversammlung auszuarbeiten und dem Landrat darin einen Vorschlag für eine sinnvolle Ausweitung bezüglich zeitlicher und sonstiger Rahmenbedingungen für die Anwendung von Electronic Monitoring im Strafvollzug zu unterbreiten.

In der Begründung der Motion wird ausgeführt, dass der Kanton Basel-Landschaft ein Pionierkanton in Sachen Electronic Monitoring (EM) sei. Seit 15 Jahren werde das Verfahren hier eingesetzt und die Erfahrungen seien durchwegs positiv. Neue Technologien basierend auf GPS würden heute sehr differenzierte Strafvollzugsmassnahmen ermöglichen, welche insbesondere auch die Prävention, den Opferschutz und die Gesamtwirtschaftlichkeit nochmals verbessern dürften. Bis heute seien EM-Vollzugsmassnahmen auf Haftstrafen von zwölf Monaten oder weniger beschränkt. Die zuständigen Fachinstanzen des Kantons sähen aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung gute und sinnvolle Möglichkeiten, EM-Massnahmen in geeigneten Fällen auch bei längeren Strafen anzuwenden. Leider seien dem Kanton durch fehlende gesetzliche Grundlagen auf eidgenössischer Ebene hierzu die Hände gebunden.

In der Beantwortung der Motion führt der Regierungsrat aus, dass er dem Anliegen sehr positiv gegenüber stehe. Der Regierungsrat schlägt in seinem Entwurf der Standesinitiative vor, dass EM künftig auch für den Vollzug von Freiheitsstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen bis zu maximal drei Jahren angewandt werden soll (bisher: ein Jahr). Auch soll die Mindestdauer für EM auf fünf Tage gesenkt werden (bisher: zwanzig Tage). Die neu vorgeschlagene Obergrenze von drei Jahren entspreche der gesetzlichen Grenze für teilbedingte Strafen und stelle eine Angleichung an andere bundesrechtliche Regelungen dar (z. B. Rayonverbote). Die Untergrenze von fünf Tagen ergebe sich aus dem gesunkenen technischen Aufwand bei der EM-Installation. Zugleich könnten so kontraproduktive kurze Haftstrafen vermieden werden. Eine Ausweitung ist schliesslich auch für Arbeitsexternate vorgesehen.

Ausschlaggebend seien für den Regierungsrat die positiven Erfahrungen mit EM in der Minderung der negativen Effekte des stationären Vollzugs, die hohe Erfolgsquote dieser Sanktion sowie wirtschaftliche Überlegungen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

Das Büro des Landrates hat der Justiz- und Sicherheitskommission (JSK) die Vorlage am 21. Mai 2015 überwiesen.

## **2. Kommissionsberatung**

### **2.1 Organisatorisches**

Die JSK hat die Vorlage an ihrer Sitzung vom 8. Juni 2015 behandelt.

Seitens des Regierungsrates bzw. der Verwaltung waren Regierungsrat Isaac Reber, Vorsteher Sicherheitsdirektion (SID), Stephan Mathis, Generalsekretär SID, und Gerhard Mann, Leiter Abteilung Bewilligungen, Freiheitsentzug und Soziales SID, anwesend.

### **2.2 Eintreten**

Die Kommission ist stillschweigend auf die Vorlage eingetreten.

### **2.3 Detailberatung**

Die JSK stellte Fragen zur Technik und den Kosten. Sie liess sich namentlich bestätigen, dass EM deutlich kostengünstiger ist als ein stationärer Vollzug. Eine inhaltliche Diskussion fand nicht statt.

Die JSK wurde über die parallel verlaufenden Beratungen in der Bundesversammlung informiert, welche zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der JSK noch nicht abgeschlossen waren. Allenfalls ergibt sich für die Landratsberatung entsprechender Anpassungsbedarf im Text der Standesinitiative.

## **3. Antrag an den Landrat**

://: Die Justiz- und Sicherheitskommission beantragt dem Landrat mit 12:0 Stimmen:

1. Die beiliegende Standesinitiative wird der Bundesversammlung eingereicht.
2. Die Motion 2014/067 wird abgeschrieben.

Schönenbuch, den 30. Juni 2015

### **Justiz- und Sicherheitskommission**

Siro Imber, Präsident

### **Beilagen**

- Landratsbeschluss (Entwurf)
- Entwurf Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel).

## Landratsbeschluss

**betreffend den Bericht 2015/189 zur Motion von Klaus Kirchmayr, Grüne:  
Einreichung einer Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring  
(elektronische Fussfessel) ([2014/067](#))**

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Die Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel) wird eingereicht.
2. Die Motion [2014/067](#) vom 13. Februar 2014 wird als erfüllt abgeschrieben.

Liestal,

Liestal,

Im Namen des Landrates

Der Landratspräsident:

Der Landschreiber:



Rathausstrasse 2  
Postfach  
4410 Liestal  
Tel. 061 552 51 11  
Fax 061 552 69 65

An die  
Bundesversammlung  
Bundeshaus  
3003 Bern

Liestal, xx.xx.2015

## Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel)

Sehr geehrter Herr Nationalratspräsident,  
Sehr geehrter Herr Ständeratspräsident,  
Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte und Ständeräte

Am xx.xx.2015 hat der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschlossen, gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung, eine Standesinitiative zur Ausweitung des Electronic Monitoring (elektronische Fussfessel) mit folgendem Wortlaut einzureichen:

### 1. Text der Standesinitiative

Art. 79b Abs. 1 StGB sei wie folgt zu ändern:

Art. 79b (neu)

Elektronische Überwachung

<sup>1</sup>Die Vollzugsbehörde kann auf Gesuch des Verurteilten hin den Einsatz elektronischer Geräte und deren feste Verbindung mit dem Körper des Verurteilten (elektronische Überwachung) anordnen:

- a. für den Vollzug einer Freiheitsstrafe oder einer Ersatzfreiheitsstrafe von **5** Tagen bis zu **3 Jahren**; oder
- b. anstelle des Arbeitsexternates oder des Arbeits- und Wohnexternates für die Dauer von mindestens **1 Monat** bis höchstens **2 Jahren**.

Die Standesinitiative wird folgendermassen begründet:

### 2. Formelles

Formell stützt sich diese Standesinitiative auf Art. 160 Abs. 1 der Bundesverfassung vom 18. April 1999<sup>1</sup> und § 67 Abs. 1 Bst. b der basellandschaftlichen Kantonsverfassung<sup>2</sup>, welche in Verbindung mit § 36 Abs. 1 Bst. b des Landratsgesetzes<sup>3</sup> die Zuständigkeit des Landrats definieren. Landrat und Regierungsrat erachten die Ausweitung des Anwendungsbereichs des

<sup>1</sup> SR 101, BV

<sup>2</sup> SGS 100, <http://bl.clex.ch/frontend/versions/1036>

<sup>3</sup> SGS 131, <http://bl.clex.ch/frontend/versions/1016>

Electronic Monitoring im Sanktionenvollzug als wichtig. Da es um abschliessende Regelungen des Bundesrechts geht, ist keine Lösung im Rahmen von kantonaler Gesetzgebung möglich, sondern nur ein Vorstoss an den Bund. Dafür ist die Standesinitiative das beste Mittel; sie ist auch gemäss Art. 160 Abs. 1 BV zulässig, weil der Strafvollzug Sache der Kantone ist.

### 3. Ausgangslage

#### 3.1 EM im Kanton Basel-Landschaft

Der Kanton Basel-Landschaft war Teil des 1999 begonnenen Modellversuchs und praktiziert seit numehr 16 Jahren Electronic Monitoring als Vollzugsform für Strafen von 20 Tagen bis zu einem Jahr oder als Vollzugsstufe zwischen stationärem Vollzug und bedingter Entlassung. Die Erfahrungen können nur als sehr gut beschrieben werden: es gibt sehr wenig Abbrüche, sehr wenig Rückfälle - und fast immer kann der angestrebte Zweck erreicht werden, dass die Betroffenen zwar eine merkliche Einbusse ihrer Freiheit auf sich nehmen müssen, also tatsächlich eine Freiheitsstrafe verbüssen, aber nicht aus ihren sozialen Bezügen (Arbeitsplatz, Familie etc.) enturzelt werden und nach der Strafverbüsung in desolateren Verhältnissen stehen als vorher. Wichtig ist, dass Electronic Monitoring aus zwei Komponenten besteht: einerseits die technische Überwachung mittels „Fussfesselsender“ und einem Empfänger zuhause oder via GPS, andererseits die sozialarbeiterische Betreuung während des Vollzugs, welche ja im stationären Vollzug auch erfolgt, beim EM aber noch wichtiger ist, schon nur um die Betroffenen in der geforderten Selbstdisziplin zu unterstützen.

Die Erfahrung zeigt, dass diese Unterstützung gerade bei längeren Strafen wesentlich ist, weil das „Durchhalten“, d.h. das lückenlose, konsequente Einhalten der Rahmenbedingungen (Zeitrahmen, weitere Auflagen) über längere Zeit deutlich schwieriger ist als man sich gemeinhin vorstellt. Die Erfahrungen zeigen aber auch, dass es in der Praxis immer wieder Fälle gibt, in welchen es Sinn machen würde, auch längere Strafen als nur solche von 12 Monaten auf diese Art zu vollziehen. Auch eine Erweiterung nach unten – kürzere Strafen als 20 Tage – ist angezeigt. Das ist im Rahmen der aktuellen Regelung nicht zulässig, und das soll mit der Standesinitiative ausgeweitet werden.

#### 3.2 Rechtliche Verankerung: Stand auf Bundesebene

Obwohl der Modellversuch längst abgeschlossen ist, läuft Electronic Monitoring mangels anderweitiger rechtlicher Grundlage nach wie vor unter dem Titel von Art. 387 Abs. 4 des Schweizerischen Strafgesetzbuches<sup>4</sup> als „versuchsweise neue Vollzugsform“<sup>5</sup>. Eine Verankerung im StGB ist nun in der Revision des Sanktionenrechts vorgesehen, und zwar entsprechend den aktuellen Rahmenbedingungen: Freiheitsstrafen von 20 Tagen bis zu 12 Monaten und Externate von 3 bis 12 Monaten sollen in Form von EM vollzogen werden können. Diese Regelung ist nicht umstritten, bei anderen Punkten der Revision bestehen grundlegende Differenzen zwischen den Kammern. Wenn die Differenzenbereinigung gelingt und die Vorlage in der Gesamtabstimmung angenommen wird, kann die Standesinitiative im Rahmen dieser Revision keine Rolle mehr spielen und wird separat zu behandeln sein. Scheitert die Revision des Sanktionenrechts, kann die Standesinitiative im Rahmen einer allfälligen separaten Vorlage mit den unbestrittenen Punkten berücksichtigt werden.

---

<sup>4</sup> StGB; SR 311

<sup>5</sup> Der Bundesrat kann versuchsweise und für beschränkte Zeit:  
a) neue Strafen und Massnahmen sowie neue Vollzugsformen einführen oder gestatten und den Anwendungsbereich bestehender Sanktionen und Vollzugsformen ändern;

## **4. Der Vorschlag zur Ausweitung**

### **4.1 Ausweitung nach oben**

Unsere Erfahrungen beschränken sich zurzeit auf eine Vollzugsdauer bis zu 12 Monaten. Bereits aus dieser Optik kann gesagt werden, dass in geeigneten Fällen auch wesentlich längere Freiheitsstrafen in Form von EM verbüsst werden könnten. Originell ist längeres EM ja inzwischen auch nach geltendem Bundesrecht nicht mehr: Seit dem 1.1.2015 können Rayonverbote mittels EM kontrolliert werden, und da gilt 1 Jahr Überwachung als Mindestdauer. Es sind auch 3, 5, 10 oder noch mehr Jahre möglich. Insofern sind lange EM-Überwachungen geltendes Bundesrecht und müssen, wenn die Gerichte sie aussprechen, umgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund gibt es keine Gründe, längeres EM nicht auch für den Vollzug von Freiheitsstrafen zuzulassen – im Gegenteil: So würde damit eine gewisse Harmonisierung zwischen diesen aktuell unterschiedlichen bundesrechtlichen Vorgaben erreicht.

Deshalb hält der Landrat eine deutliche, im Vergleich zu den Rayonverboten aber dennoch massvolle Ausweitung auf 3 Jahre für angemessen. Das ergäbe eine effektive Vollzugsdauer von 2 Jahren, falls die bedingte Entlassung, was die Regel ist, nach 2/3 der Strafe gewährt werden kann, oder maximal 3 Jahren— was bei EM praktisch nie vorkommt, weil die Betroffenen sich ja wohlverhalten müssen oder sonst aus dem Programm fallen. Dieses Strafmass entspricht der gesetzlichen Grenze für teilbedingte Strafen, was als eine Art Übergang von mittlerer zu schwerer Kriminalität betrachtet werden kann.

### **4.2 Ausweitung nach unten**

Aktuell ist eine Mindestdauer von 20 Tagen vorgeschrieben, was in der Revision des Sanktionenrechts beibehalten wird; darunter soll kein Einsatz von EM möglich sein. Dies ist insofern nicht gravierend, als im unteren Bereich meist Alternativen zur Verfügung stehen wie gemeinnützige Arbeit. Dennoch gibt es Fälle, in welchen eine unbedingte kurze Strafe zum Vollzug gelangt und dennoch ein stationärer Vollzug kontraproduktiv wäre. Dies dürfte nach der Revision des Sanktionenrechts häufiger der Fall sein als heute, weil es ja das erklärte Ziel ist, wieder vermehrt die kurzen (unbedingten) Freiheitsstrafen zu „fördern“. In der Praxis gibt es „ökonomische“ Grenzen für das EM, weil das Installieren der Geräte und die Datenbearbeitung im System einen gewissen Aufwand bedeuten, welcher sich für 2 oder 3 Vollzugstage nicht „lohnt“. Mit den aktuellen Geräten, welche wesentlich weniger Installationsaufwand erfordern, ist allerdings diese ökonomische Grenze deutlich gesunken; gleichzeitig sind die Kosten der Haftplätze gestiegen, womit der ökonomische „breakeven-point“ sich also aktuell unterhalb von einer Woche bewegen dürfte. Im Übrigen darf der Bund solche Überlegungen ohnehin getrost den Kantonen überlassen. Der Landrat schlägt deshalb eine Untergrenze von 5 Tagen vor. Auch für die Externate kann die Untergrenze deutlich gesenkt werden; hier erscheint eine Minimaldauer von einem Monat als angemessen.

### **4.3 Weitere positive Effekte**

Im Vordergrund dieser Ausweitung stehen wie gesagt die sehr guten Erfahrungen mit EM in seinem Hauptzweck: der Verhinderung oder zumindest Minderung der negativen Effekte des stationären Strafvollzugs. Es soll aber nicht ungesagt bleiben, dass EM gleichzeitig auch klare wirtschaftliche Vorteile hat: Es ist wesentlich weniger teuer als der stationäre Vollzug. Bereits gegenüber der Halbgefängenschaft betragen die Kosten weniger als die Hälfte; gegenüber Strafanstalten betragen die Kosten sogar weniger als 30%. Für einen Vollzug von beispielsweise 18 Monaten bedeutet dies eine Einsparung von über 120'000 Fr. – keine zu vernachlässigende Grösse in Zeiten schwieriger Budgets. Gleichzeitig kann damit, ebenso hochwillkommen, der Platzmangel in den Strafanstalten etwas gemildert werden.

## **5. Antrag**

Der Landrat bittet Sie, auch im Namen des Regierungsrates, der Standesinitiative zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber: